

**Einzelpreis 30 Pfennig.**

Zu 200 ohne Ausstellung wöchentlich 175 Pf.  
zum monatlich 200 Pf. mit Ausstellung zus.  
Zu 200 wöchentlich 200 Pf. und monatlich 800 Pf.  
Für die Postbezüg. monatlich 200 Pf.  
Ausland 1600 Pf.  
Bei Abgeordneten Nonpareilzeitung 40 Pfennig;  
Abfassungen der Nonpareilzeitung im lokalen Teile 200 Pf.  
Für die Korrespondenz; für das Ausland kommt  
die Belastung bis hinzu; für die erste Seite  
werden keine Zusätze angenommen. —  
Gebühren werden nur nach vorheriger Verein-  
barung gezahlt. Anverlangt eingehandte Ma-  
nuskripte werden nicht aufbewahrt.

Lodzer

# Freie Presse

Berbreitete deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 11

Sonntagnachmittag den 14. Januar 1922

5. Jahrgang

## Auf falschen Wegen.

Die in deutscher Sprache erscheinende Morgen-  
ausgabe der „Gazeta Danzica“ veröffentlicht  
in einer ihrer letzten Nummern einen Artikel, der  
von falschen Voraussetzungen ausgehend und eine  
völlige Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse ver-  
ratend, den Minderheiten in Polen den  
Vorwurf macht, daß sie der Großherzigkeit des  
polnischen Volkes (?) die in dem Zugeständniß  
ihrer weitgehender Schutzberechtigung gegenüber  
befindenden, wenig Dank würdigen. Einleitend gibt der  
Verfasser des Artikels zu, daß in den Staaten, in  
denen der Friedensvertrag von Versailles verpflichtet,  
der Schwund der nationalen oder konfessionellen  
Minderheiten durch besondere Schutzvorleistungen eng  
umrisst sei, er meint aber, daß der Friedensver-  
trag von der sich des Minderheitenschutzes erfreuen-  
den nationalen oder konfessionellen Minderheit auch  
die Erfüllung der staatsbürglerlichen Pflichten dem  
Staate gegenüber fordere, in dem sie lebt. Mit  
dieser Feststellung gibt der Artikel nichts Neues  
wieder, doch über die weiteren Auslassungen, die  
gekennzeichnet sind, im Auslande auf die Minderheiten  
in Polen ein falsches Licht zu werfen, werden sich,  
besonders die hier lebenden Deutschen eines Lä-  
delns nicht erwehren können. Die Auslassungen  
gipfeln in folgender Behauptung:

„Das polnische Volk hat bereits in der Ver-  
fassung vom 3. Mai des Jahres 1791 den Minde-  
rheiten in Polen weitgehende Schutzberech-  
tigungen gegeben. Als es wieder selbständig ge-  
worden war, hat es die alten Ideale von Freiheit,  
Fortschritt und Toleranz auf seine Jähnern geschrif-  
ten (?). Polen muß jedoch von den nationalen  
Minderheiten verlangen, daß sie nicht nur von  
den im Friedensvertrag oder durch die Großher-  
zigkeit (?) des polnischen Volkes zugestandenen  
Rechten Gebrauch machen, sondern auch ihre  
loyalen Pflichten dem polnischen Staatswesen  
gegenüber nicht verzögern. Zug der feierlichen  
Versicherungen, welche die deutsche Presse oder  
die deutschen Reichstagabgeordneten im Namen  
der „Polen deutscher Zunge“ abgaben, daß sie  
loyale Staatsbürger in Polen sein wollen, beweist  
das praktische Leben auf Schrift und Tritt etwas  
anderes.“

Wir wollen gern zugeben, schreibt die Brom-  
berger „Deutsche Rundschau“, daß in der polnischen  
Verfassung für die Minderheiten in Polen Schut-  
zrechte vorgesehen sind, müssen aber betonen, daß  
die Rede von einer Großherzigkeit des polnischen  
Volkes geradezu lächerlich wirkt, wenn man bedenkt,  
daß die polnische Regierung zu dieser „Großher-  
zigkeit“ durch den Friedensvertrag gezwungen  
wurde, das Schutrecht der Minderheiten in  
Polen gegenüber jedoch leider bis heute noch lediglich auf dem Papier steht. Nicht allein  
die deutsche, auch ein Teil der polnischen Presse  
hat die Frage wiederholt behandelt und unter Au-  
führungen unzähliger Beispiele die Regierung verur-  
teilt, daß sie der Erfüllung ihrer sich aus dem  
Friedensvertrag und dem Minderheitenschutzgesetz  
ergebenden Pflichten nicht den nötigen Nachdruck  
verleiht. Das Verhalten der deutschen Minderheit  
in Polen zeichnet der Artikel in folgenden Behauptun-  
gen:

„Königt es nämlich nicht sonderbar, wenn ein  
deutscher Abgeordneter eine loyale Erklärung dem  
polnischen Staate gegenüber abgibt, in demselben  
Atemzuge aber bestont, die Deutschen Polens  
würden nicht nur mit Ruthenern, Juden, Weiß-  
russen, Litauern usw. Hand in Hand gehen,  
sondern auch alle mehr oder minder ver-  
stekten Gegner des jungen Staatswesens orga-  
nisierten und zu einem gefährlichen Block zusam-  
menschweißen. Was soll man ferner von einer  
Loyalität denken, die im Namen der deutschen  
Minderheit die polnischen Instanzen und die  
polnische Regierung einfach übersteht und sich mit  
Beschwerden an den Völkerbund — also vom  
Staatsgebiet auf internationales Gebiet wendet? In  
es sodann etwa in Ordnung, wenn Agenten  
des „Deutschlandsbundes“ auf Versammlungen  
die deutsche Bevölkerung in Polen anfordern,  
sie möchte bei den nächsten Sejmswahlen sich am  
polnischen Staate durch Abgabe ihrer Stimmen  
auf die Linie der kommunistischen Partei rächen?  
Welcher Staat wäre wohl nicht erstaunt, wenn  
seine Deutschkatholiken, wie es die Polener gelan-  
gen haben, in einer katholischen Kirchengemeinde sich  
an eine entzerrtheit der Grenzen des Staates  
definitivische Instanz, den Papst, gewandt hätten?“

Diese Behauptung entspricht nicht ganz dem  
Wilde, das die deutsche Abgeordneten im Sejm entrollt hat. Es kann keine Rede davon sein, daß  
die Deutschen in Polen mit Gegnern des jungen  
Staatswesens verbündet wären, und direkt aus der  
Luft gegriffen ist die Behauptung, daß der Deutsch-  
landsbund bei Wahlen für die Linie der kommuni-  
stischen Partei Stimmung gemacht hat bzw.  
machen wird. Wenn sich die Minderheiten mit  
einem Appell an den Völkerbund gewandt haben,

so taten sie es lediglich aus dem Grunde, weil die  
wiederholten Klagen und Beschwerden bei den zu-  
ständigen polnischen Regierungsstellen ungehört  
verhakt waren. Aus diesem guten Rechte  
Unloyalität der deutschen Minderheit zu kon-  
struieren, ist derart unlogisch, daß wir weiter nicht  
darauf einzugehen brauchen.

In seinen Schlusszügen erteilt der Verfasser der  
polnischen Regierung und den polnischen Chauvi-  
nistin eine Lehre, die hoffentlich auf fruchtbaren  
Boden fallen wird. Er schreibt:

„Dass man mit Gewalttat den Geist einer  
Bevölkerung nicht niederwerfen kann, das hat  
die Ausdauer und die Widerstandsfähigkeit der  
polnischen Bevölkerung in 100 jähriger preußi-  
scher Abhängigkeit gezeigt. Die polnische Be-  
völkerung will mit ihren deutschen Mit-  
bürgern in Frieden zu leben und die Toreheiten  
preußischer Politik nicht zu wiederholen.“

Recht sol! Die Beschuldigung des Verfassers,  
daß die Minderheiten in Polen auf falschen Wegen  
wandeln, wird durch die beiden Schlusszüge einge-  
prästet. Nicht mit allen Maßnahmen, die die  
gekennzeichnet sind, im Auslande auf die Minderheiten  
in Polen ein falsches Licht zu werfen, werden sich,  
besonders die hier lebenden Deutschen eines Lä-  
delns nicht erwehren können. Die Auslassungen  
gipfeln in folgender Behauptung:

„Paris, 18. Januar. (Pat.) Veroet über-  
nahm den Vorsitz in der Deputiertenkammer und  
hielt eine Ansprache, in der er ausführte: Die Zu-  
kunft zeigt sich uns im Nebel der Ungewissheit.  
Die Völker fangen an, mit Misstrauen auf die  
beunruhigenden Anzeichen zu blicken, die aus der Sphäre der internationalen Beziehungen  
aussteigen, die die Unternehmungen Frankreichs  
zu einem Herrschaftsgebiet und Frankreich als ein  
kriegerisches Volk erscheinen lassen. Frankreich ver-  
langt Entschädigungen, auf die es ein Recht besitzt,  
es verlangt Garantien für seine Sicherheit. Wir  
haben jeden Alt der Annäherung der Völker, jeden  
Schutzvertrag begrüßt, doch wird niemand Ver-  
pflichtungen übernehmen, die seinem guten Recht  
Gerecht antun.“

Hierauf ergriff Briand das Wort. Redner  
wünscht die Kammer mit der Sache bekannt zu  
machen, sowie alle Zweifel und Ungewissheiten hin-  
sichtlich der Entschädigungsfrage und des  
Wiederaufbaus Europas zu zerstreuen.  
Frankreich könnte die Garantie der Sicherung sei-  
ner Grenzen nicht genügen. Damit die Sicherheit  
pur Wirklichkeit werde, müsse Frankreich mit allen  
Völkern rechnen können. Die Solidarität der Völker,  
sagte Briand, ist für uns eine Notwendigkeit  
und die Konferenz in Cannes hat in dem Sinne  
einen Besluß gefaßt, daß die Entschädigungsfrage  
mit denen Beschlüssen in keiner Verbindung steht. Anordnungen jeder Art,  
die sich auf die Sicherheit Frankreichs beziehen,  
kommen hier nicht in Betracht. Die Konferenz in  
Genf hat einen streng wirtschaftlichen Charakter  
und die Länder, die daran teilnehmen, müßten die  
Garantien, die Frankreich fordern wird, annehmen. Redner erklärt, daß ledig-  
lich die Entschädigungscommission die Sicherheit  
einen gewissen Zahlungsausschub zu bewil-  
ligten. Da jedoch Frankreich in dieser Kom-  
mission keine Mehrheit besitzt, sei die Ge-  
währung eines Zahlungsausschubes gewünscht (Zurufe  
auf den Rechten). Da die Bewilligung eines Zah-  
lungsausschubes nicht mehr in Frage gestellt werden  
könne, habe sich die französische Regierung mit der  
Angelegenheit einer entsprechenden Sicherung  
der Interessen im Laufe beschäftigt. Briand  
ist nicht damit einverstanden, daß das laufende  
Jahr Frankreich den Verlust auch nur eines einzigen  
Centimes bringe. Wenn der Zahlungstermin  
der deutschen Entschädigungen eine Aenderung  
erfahren sollte, dann wird Frankreich entsprechende  
Sicherungen verlangen sowie Einführung einer  
Kontrolle, um Deutschland zur Zahlung  
der entsprechenden Summe zu zwingen. Frank-  
reich wird nicht einen einzigen Centime  
verlieren, sondern wird die ganze  
Schuldenzahlung erhalten. Die Angelegenheit des  
Saargebietes sei zugunsten Frankreichs ent-  
schieden worden. Briand weist auf den sich aus  
dem geplanten Vertrage für England und  
Frankreich ergebenden Vorteil hin und protestiert  
gegen die Fraktionen der Minderheiten, nach deren  
Meinung England den Abschluß des Vertrages von  
Bedingungen abhängig gemacht hätte, die dem An-  
siedeln Frankreichs Abbruch täten. Die Angelegen-  
heit von Langerwerde Gegenstand einer be-  
sonderen Verhandlung sei. Zur Frage der Sicherung  
der Grenzen Frankreichs zurückkehrend, erklärte  
Briand, er habe seinem englischen Kollegen nachgewiesen, daß in dieser Angelegenheit  
das Interesse Englands mit demjenigen Frank-  
reichs eng verbunden sei. Sodann weist  
Briand die irrgänzen Behauptungen zurück, als ob  
ein französisch englisches Bündnis einer Verpflichtung

getroffen hat, können wir uns einverstanden er-  
klären, wir müssen jedoch feststellen, daß die pol-  
nische Regierung bzw. deren untergeordnete  
Organe die damaligen auf die sogenannte Germani-  
sierung gerichteten Maßnahmen um ein weites  
übertrifft. Haben, wie es der Verfasser des  
Artikels eingestellt, die Polen trotz 100 jähriger  
Zugehörigkeit zu Preußen ihre Nationalität bewahrt,  
so wird man es verständlich finden, daß auch die  
deutschen Minderheiten sich auf sich selbst  
besinnen und alle Bestimmungen beklagen werden,  
die dem Friedensvertrag und der polnischen  
Verfassung zumutlosen. Selbstverständlich hat  
auch die deutsche Bevölkerung ein Interesse daran  
mit ihren polnischen Bürgern in Frieden und Ein-  
tracht zum Wohle des ganzen Staates zu leben.  
Dies ist an dieser Stelle wiederholt betont worden.  
Wenn bis jetzt ein solches Verhältnis noch nicht  
zustande gekommen ist, so liegt es vielleicht nicht an  
den Minderheiten, sondern an der Tatsache, daß  
die Drahtzieher der polnischen Regierung in dem  
Bestreben, zu polonisieren, Wege eingeschlagen haben,  
die mit Toleranz und Loyalität nichts gemein  
haben.“

Erscheinet mit Ausnahme der nach Sa-  
tagen folgenden Tage täglich früh  
Schriftleitung und Geschäftsstelle  
Vetrulaner Straße 86. Tel. 621.  
Bei Betriebsförderung durch höhere Gehalts-  
Arbeitsniederlegung oder Aufsperrung hat der  
Besitzer keinen Anspruch auf Nachleistung der  
Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Eigene Vertretungen in:  
Alexandrow, Bielsko, Chełm, Kalisz, Konin,  
Konstantynow, Lipno, Lubliniec, Lubomia,  
Łódź, Nowy Sącz, Opatów, Radom, Sandomierz,  
Sosnowiec, Tomaszow, Turek, Włocławek,  
Wyszków, Wola, Zielona Góra.

## Briands Abschiedrede in der Kammer.

Paris, 18. Januar. (Pat.) Veroet über-  
nahm den Vorsitz in der Deputiertenkammer und  
hielt eine Ansprache, in der er ausführte: Die Zu-  
kunft zeigt sich uns im Nebel der Ungewissheit.  
Die Völker fangen an, mit Misstrauen auf die  
beunruhigenden Anzeichen zu blicken, die aus der Sphäre der internationalen Beziehungen  
aussteigen, die die Unternehmungen Frankreichs  
zu einem Herrschaftsgebiet und Frankreich als ein  
kriegerisches Volk erscheinen lassen. Frankreich ver-  
langt Entschädigungen, auf die es ein Recht besitzt,  
es verlangt Garantien für seine Sicherheit. Wir  
haben jeden Alt der Annäherung der Völker, jeden  
Schutzvertrag begrüßt, doch wird niemand Ver-  
pflichtungen übernehmen, die seinem guten Recht  
Gerecht antun.“

Frankreichs gleichläufig, das alsdann die im Rhein-  
gebiet eingenommene Stellung aufzugeben mißte.  
Briand erinnerte an die auf den Konferenz ge-  
äußerte Meinung über das Zusammen-  
gehen der französisch-englischen  
Heere und der Flotte und erklärte, daß er  
das Vertrauen Englands, daß er für den Fall  
einer Bedrohung der Grenzen Frankreichs nach  
Kräften zu Wasser und zu Lande zu Frankreich  
stecke werde, sehr hoch einschätze. Briand erklärte  
ferner, daß er kein Recht gehabt hätte, sich auf  
einen so wichtigen Posten zu begeben, ohne die  
Gewissheit zu haben, daß er seinen Posten erhalten  
werde. Ich kann, fuhr er fort, indes nicht  
behaupten, daß ich von moralischen Kräften um-  
gegeben wäre, die ich zu jeder freien Bewegung  
benötige. Ich fühle, daß ich nicht von Ihnen  
vertraut und umgeben war. Ich glaube auch  
weiterhin an den Nutzen interallierter Verhand-  
lungen. Ich darf sagen, daß ich nicht eine einzige  
der Interessen Frankreichs vernachlässigt und auch  
kein Moment übersehen habe. Und jetzt hän-  
tasse ich meinen Platz anderen.

Nach diesen Worten verließ Briand unter dem  
Beifall des Hauses die Tribune und nahm wieder  
seinen Platz ein. Die letzten Ausführungen des  
Premiers bewirkten eine allgemeine Überraschung  
und Bestürzung.

## Poincaré — Briands Nach- folger?

Paris, 12. Januar. (Pat.) Millerand hat  
mit den Unterhandlungen wegen Bildung des  
neuen Kabinetts begonnen. Er empfing  
Veroet in dieser Angelegenheit.

Paris, 13. Januar. Millerand hielt eine  
Besprechung mit Bourgois ab. Veroet  
empfahl die Berufung Poincarés zum Nachfolger.

Paris, 13. Januar. (Pat.) Poincaré wurde  
mit der Reibildung des Kabinetts beauftragt.  
Er wird am Freitag eine endgültige Antwort  
erteilen. In Senatskreisen werden als Nach-  
folger Briands genannt Poincaré. Veroet sowie Tonart und Barthouy. Es wird  
darauf hingewiesen, daß sich nur ein Kabinett  
werde behaupten können, daß gegen jede Ver-  
legung der Interessen Frankreichs Front machen wird.

## Briand an Lloyd George.

Paris, 13. Januar. (Pat.) Briand tele-  
graphierte an Lloyd George: In Auekehr der politischen Verhältnisse, die ich bei meiner  
Rückkehr in Paris angetroffen, hege ich die  
Überzeugung, daß ich die Führung des Kabinetts  
nicht länger beibehalten kann. Da ich dem Präsidenten der Republik mein Rücktrittsgesuch über-  
reicht habe, ist es mir unmöglich, nach Cannes  
zurückzukehren, um an den Arbeiten des Obersten  
Rates weiterhin teilzunehmen. Ich bitte Sie  
dieser unserer Herren Kollegen Delegierten zugleich  
mit meiner Bitte um Entschuldigung mitzuteilen,  
daß ich zu meinem Bedauern, die Mitarbeit mit  
ihnen unterbrechen mußte. Es verursacht mir  
besonderes Leid, daß ich die Arbeit im Interesse  
des europäischen Friedens nicht beenden kann.  
Ich hoffe, daß mein Nachfolger diese Arbeit  
gemeinsam mit Ihnen aufnehmen und in der  
Verwirklichung der Absichten, die wir beide  
hegten, glücklicher sein wird, als ich es war.

## Polnisch-danziger und litauische Fragen vor dem Völkerbundrat.

Vergünstigungen zur See für Polen zugesichert.

Ges., 13. Januar (Pat.) Der polnische De-  
legierte Prof. Askenazy überreichte dem Vor-  
sitzenden Hymans 10 Noten, betr. den Wil-  
naer Sejm, die polnische Bevölkerung in Litauen,  
die Erklärung des litauischen Ministerpräsidenten,  
die neutrale polnisch-litauische Zone, die Wilnaer  
Verwaltung, die Durchfuhr von Sprengstoffen  
durch Danzig, den Oktobervertrag, die Lage der  
polnischen Bevölkerung in Lettland sowie die  
Bestätigung der Danziger Verfassung.

Ges., 13. Januar (Pat.) In der gestrigen  
Sitzung wurden alle polnisch-danziger  
Fragen besprochen, über die Wicome Izydor  
Bericht erstattete. Bezuglich der Weichsel-  
Frage schlug Izydor einen sofortigen freiwilligen  
Vergleich zwischen Askenazy und Sahm vor, was trotz des Widerspruchs des Dan-  
ziger Senatorspräsidenten Dr. Sahm angenommen  
wurde. Die Verhandlungen zwischen Sahm und Askenazy sollen morgen beginnen. In  
der Frage eines Attachés für die pol-  
nischen Schiffe schlug Izydor vor, diese An-  
gelegenheit bis zur nächsten Session zurückzustel-  
len. Askenazy brachte noch verschiedene Einwen-  
dungen vor, doch beschloß der Völkerbundrat  
die Fragen bis zur nächsten Session zurückzustel-  
len und gleichzeitig für die polnischen Schiffe  
und Transporte die nötigen Sicherheiten zu  
erteilen. Askenazy verlangte die Beschleunigung  
der Niederlegung der Danziger Verfa-  
ssung, damit die Rechte der polnischen Minder-  
heit in Danzig gesichert werden. Der Völkerbund-  
rat empfahl Danzig, die angeregte Beschleunigung  
durchzuführen. Sodann wurden ohne Verhand-  
lung die Anträge Izydys bezüglich der Bestätigung  
des polnisch-danziger Vertrages vom  
24. Oktober v. J. in der Angelegenheit eines  
polnisch-danziger-norwegischen Ver-  
trages sowie der Vorschriften über die Er-  
werbung und den Verlust des Danzi-  
ger Bürgerrechts angenommen. Der  
Beschluß in der Weichsel-Frage soll morgen  
gefaßt werden.

Ges., 13. Januar (Pat.) In der heutigen  
Sitzung des Völkerbundrates unter Vorsitz Hymans wurden alle polnisch-litauischen  
Angelegenheiten in Verbindung mit den  
Noten der litauischen Regierung vom 28. Nov.  
sowie vom 14., 17., 18. und 24. Dezember vor-  
jähriges Jahr verhandelt. In diesen Noten weist  
die litauische Regierung die Empfehlung des Völ-  
kerbundrates zurück und erhebt Anklagen gegen  
die polnische Regierung sowie gegen die zeitwei-  
lige Regierungskommission in Wilna und pro-  
testiert gegen die Einberufung des Wilnaer  
Sejms. Auf die Anklagen der litauischen Ver-  
treter antwortete Askenazy nur kurz und ohne  
sich in längere Verhandlungen einzulassen. Dies-  
bezügliche Beschlüsse sollen vom Völkerbundrat  
noch heute gefaßt werden.

Ges., 13. Januar (Pat.) In der Sitzung  
des Völkerbundrates wurde bei Anwesenheit der  
Vertreter Polens und Danzigs in der Frage des  
Polen einzurückenden Vergünstigungen  
zur See eine Verständigung erzielt  
und ein entsprechendes Abkommen getroffen.

## Beschluß in der polnisch-litauischen Streitfrage.

Ges., 13. Januar (Pat.) Der Völkerbundrat  
hat im polnisch-litauischen Streitfall  
beschlossen: Die Kontrollkommission zurückzu-  
rufen; die neutrale Zone aufzuheben, wobei beide  
Seiten zur Achtung der Territorialrechte angele-  
sen wurden; bezüglich Wilnas beschränkte sich der  
Völkerbundrat auf die allgemeine Bemerkung, daß  
er eine einseitige Löschung nicht anerkennen könne,  
an den Wilnaer Sejm wurde dabei nicht erinnert;  
die Republik Litauen wird auf die Pflicht des  
Schatzes der Minderheiten aufmerksam gemacht.

## Oberschlesien — Polens Aufmarschgebiet.

Wie die Warschauer „Rzecznopolska“ mitteilte, stand in Warschau ein Vortrag des Generals Łącki, des Kommandeuren des Militärbezirks Przemysł, über Oberschlesien statt. General Łącki sprach über die geographische Lage Oberschlesiens und betonte, auf diesem Gebiete müsse Polen eine vorzügliche Beziehung zur eventuellen Mobilisierung und zum Schutz des Landes organisieren. Denn das oberschlesische sowie das Dombrowska Kohlengebiet wird ständig von dem Drang der Deutschen nach Osten gefährdet. Diesem müssen wir, sagte Łącki, unser Drang nach Westen entgegenstellen. Erst dann, wenn wir die Deutschen über die Oder zurückgeworfen haben, werden wir die Gärten einer ruhigen Existenz haben. 750 000 polnische Einwohner in Oberschlesien wurden von der polnischen Seite losgerissen, und diese Bevölkerung ist, was Arbeitsamkeit, Ausbildung und Fähigkeit zu Kampforganisationen anbelangt, erschöpft, wie es die drei Aufstände bewiesen haben. Wie das Warschauer Blatt bemerkte, erweckte der Vortrag bei den Zuhörern großes Interesse.

## Gren über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas.

Lord Grey äußerte in einer Rede in Bristol sehr wenig hoffnungsfreudig über die bevorstehende große Wirtschaftskonferenz. Er betonte, daß der Völkerbund es sein sollte, der sich mit derartigen Plänen und Organisationen beschäftige. Wenn man Deutschland und Russland wieder aufnehmen wolle, so solle man sie in den Völkerbund eintreten lassen, dem es überlassen sei, den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu fördern.

## Lokales.

Lodz, den 14. Januar.

### Schnee.

Von Gertrud Triepel.

Der weiße Schnee, der lustige Schnee,  
Wie wacker er sich tummelt!  
Noch eben war die Erde kahl,  
Nun ist sie weiß mit einem Mal  
Und fröhlich eingemummelt.

Der weiße Schnee, der gute Schnee.  
Er schenkt uns Traum und Lieder:  
Das frohe Glück der Kinderzeit,  
Die ganze Jugendfröhigkeit  
Weckt er im Herzen wieder.

Der weiße Schnee, der liebe Schnee —  
Sein Zauber wird nie enden!  
Er greift mit seinem Flimmerchein  
Geheimnisvoll in uns hinein  
Als wir mit Geisterhänden.

Der weiße Schnee, der süße Schnee,  
So kühl und rein wie Linnen!  
Er fällt so sacht, er fällt so weich,  
Er macht die Welt zum Märchenreich,  
Drin alle Wunder spinnen ...

Der heutige Deutsche Wolga-Abend wird ein gesellschaftliches Ereignis von Lodz bilden. Die Beteiligung wird über alles Erwarten reichen — schon Donnerstag waren sämtliche Eintrittskarten vergriffen, zum großen Leidwesen der zu spät Gesommenen. Wer hätte gedacht, daß es noch so viel Deutsche in Lodz gibt!

Wäre das Maß von Arbeit, die geleistet wurde, um das Fest würdig auszufestalten, nicht so gewaltig groß, man wäre fast versucht, die Herren Veranstalter (Dr. v. Behrens, Hanrich, Spickermann usw. usw.) zu bitten, sich eine Wiederholung des Wolga-Abends nicht verdrücken zu lassen, schon der Tausende wegen, die heute auf dem Besuch des Abends wider Willen verzichten müssen. Wir sind überzeugt, daß die Herren Veranstalter diesem Gedanken näher treten und seine Ausführbarkeit prüfen werden.

Ihre Mühe und Arbeit wird reichlich belohnt werden durch den Gedanken, daß das Fest dazu beitragen wird, hungrende Stammesbrüder vor der Verzweiflung zu bewahren.

Die Lodzer Deutschen aber werden den Veranstaltern dankbar sein, daß sie ihnen die Möglichkeit geben, sich wieder einmal im Kreise der Volksgenossen zu bewegen.

Bip. Die Erhebung der Danina in Lodz. Gemäß den Beschlüssen, die auf der Sitzung der Vertreter des Finanzministeriums, des Magistrats, der Finanzkammer und der Steuerämter gefaßt wurden, schreitet der Magistrat zur Festsetzung der Einziehung der Danina. Zum Tätigkeitsbereich des Magistrats gehört die Festsetzung und Erhebung der Danina von den Mietern und die Erhebung der Danina von Handel, Industrie und unbeweglichem Eigentum; die Festsetzung der Danina von Handel, Industrie und Immobilien wird das Steueraamt im Einvernehmen mit dem Magistrat vornehmen. Zu diesem Zweck wird die Stadt in Steuerbezirke eingeteilt und werden in verschiedenen Punkten der Stadt 9 besondere Kassen für die Danina eröffnet werden. Nach einigen Tagen wird der Magistrat mit Hilfe der Polizei den Danabesitzern Vordruck zugehen lassen, die mit den erforderlichen Angaben über die Preise versehen werden müssen. Im Zusammenhang mit der Danina wird ein besonderer Beamtenapparat in Tätigkeit gesetzt, damit die

Einziehung der Steuer schnell und glatt von statthaften gehen.

Bip. Die Verpflegungsabteilung. Auf Grund eines Magistratsbeschlusses wurde die städtische Verpflegungsabteilung vollständig reorganisiert. An die Stelle der genannten Abteilung ist jetzt die „Handelsabteilung“ getreten. Diese Abteilung besteht in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht eine eigene Verwaltung. Die Zuständigkeit der Handelsabteilung bezieht sich auch auf die Anstellung, Entlassung und Entlohnung des Personals. Im Zusammenhang mit der Verringerung der Zahl der Angestellten wurden die Lebensmittelkassen nach der Pomorska 18 übertragen. Der Kleinerlauf, der bisher in der Sw. Jerzego 8 stattfand, ist gleichfalls nach der Pomorska 18 übertragen worden. Auch die Lager in der Ogrodowa 35 und 28 sind geleast worden.

Hochherzige Spende. Der Verein für Invalidenfürsorge in der Lodzer Woiwodschaft bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen: Die Gesellschaft der Schlosser Baumwollspinnerei und Weberei in Ozorkow hat zu Händen des Chefs des Lodzer Korpsbezirks, des Generals Rzondkowsky, den Betrag von 750 000 Mark zugunsten der Kriegsinvaliden gespendet. General Rzondkowsky hat diesen Betrag mit Zustimmung der Spender dem Verein für Invalidenfürsorge in der Lodzer Woiwodschaft überwiesen. Für diese hochherzige Spende sagen wir der genannten Gesellschaft sowie dem Herrn General Rzondkowsky für die gütige Vermittlung unseren warmsten Dank.

Vom vielgerühmten Preisabbau ist auf den Lodzer Wochenmärkten leider nichts zu merken. Die Preise halten sich fest auf der alten Höhe, sofern nicht gar eine Steigerung zu verzeichnen ist. Auf dem gestrigen Wochenmarkt kostete die Butter 900 Mark das Quart, die Kartoffeln mußten mit 1000 M. der Kriegsforst bezahlt werden. Eier waren unter 700 M. die Mandel nicht zu haben. Das einzige, was etwas billiger geworden ist, ist die Milch; das Liter ist bereits für 120 M. zu haben.

Wieder Schneefall. Nach dem Regenwetter ist Donnerstag abend wieder Schneefall eingetreten, der auch Freitag noch anhielt. Baum und Strauch schmückte der weiße Staub, daß sie einen zauberhaften Anblick darboten.

Die Hundesteuer für das Jahr 1922 beträgt: a) die gewöhnliche Steuer — 1000 Mark; b) für einen Jagdhund — 2000 Mark; c) für jeden weiteren Jagdhund — 2500 Mark; d) für einen Kettenhund — 500 Mark.

Der erste polnische Spezialitäten-Kongress findet am 6., 7. und 8. Mai d. J. in Warschau statt.

Bip. Abgehalter für die städtischen Angestellten. Das Präsidium des Magistrats hat den Entwurf der Abgehalter für die städtischen Angestellten der Stadt Lodz ausgearbeitet und denselben sämtlichen Magistratsmitgliedern zwecks Durchsicht und Stellungnahme übersandt.

Ein Konzertkongress. Die jüdische Presse lädt mit. In diesen Tagen soll ein Kongress der Zionisten in Polen statt. Bei diesem Kongress sind 61 Delegierte aus 40 Städten Polens eingetroffen. Verabredet wurde in dieser Zusammenkunft die Stellungnahme, welche die Partei gegenüber dem Aufrufe der dritten Internationale an die Organisation der Zionisten einnehmen müsse. In diesem Aufruf fordert die kommunistische Internationale außer 21 Punkten, von denen der Beitritt zur 3. Internationale abhängig gemacht wird, daß der Kongress dem Programm der Zionisten entsage. Bei der Abstimmung wurden jene 21 Punkte mit allen Stimmen gegen eine angenommen. Dagegen wurde die Forderung, daß die Partei auf die Arbeit in Palästina verzichten sollte, abgelehnt. Die Konferenz hat darüber beschlossen, die Arbeit auf dem Felde der praktischen Tätigkeit in Palästina zu fördern.

### Die Wohnungfrage.

Eine Unterredung mit dem Leiter des städtischen Wohnungsamtes.

In letzter Zeit haben sich die Wohnungsvorstellungen nicht nur nicht gehebelt, sondern drohen sogar mit ernsten Folgen für die Zukunft. Angeklagt dessen mache sich unser Bip.-Mitarbeiter an den Inspektor des Wohnungsamtes Dr. Weisberg, der die gegenwärtige Lage, ihre Ursachen und event. Folgen folgendermaßen schilderte:

Die Kriegszeit habe eine Übersättigung der Städte und einen damit verbundenen Wohnungshunger zur Folge, der ernste Befürchtungen um den gehörzustillenden Zustand unserer Städte aufzutreten ließ. Diese katastrophale Entwicklung in den Mittelpunkten unserer Industrie, unsrer Handels, unsrer Kultur hat sich in erster Linie der ärmsten Bevölkerung — dem werktätig schaffenden Element — fühlbar gemacht. Diese Dach über dem Hauptstaad diese Bevölkerung rastlos, dem Unglück gegenüber; schullos war sie der hilflosen Ausbeutung von Seiten gewisser Haushalte und besonders der Wohnungsspekulanten preisgegeben, die die Opfer des Elends auszugsen. Der vollständige Stillstand im Bauwesen während der Kriegs- und Nachkriegsjahre, die verstärkte Einwanderung der Arbeiter und der Intelligenz vom Lande und den Großstädten und die Überfüllung der Lebenshaltung bei einem großen Teil der städtischen Bevölkerung, die durch Bücher und Spekulation Millionen- und Milliardenvermögen erworben und in der Folge ihre Haushaltssummen vergrößert hat, haben sogar

in den Städten, deren Bevölkerungszahl sich vermindert hat, einen ungeheuren Wohnungshunger hervorgerufen. In Lodz z. B., dessen Bevölkerungsziffer um 180 000 gesunken ist, hat sich die Zahl der freien Wohnungen im Vergleich zu den Vorriegsjahren bedeutend verringert. Es fehlt an Wohnungen für Beamte und für Arbeiter, an Räumlichkeiten für kulturelle und soziale Vereinigungen und überhaupt für alle diejenigen, die über keine bedeutenden Vermittel, sondern nur über den Ertrag ihrer eigenen Arbeit verfügen. Der Zustand einer großen Anzahl von Wohnungen spricht den primitivsten Erfordernissen der Hygiene höhn.

Die ersten Schritte zu einer Besserung der Lage der Dinge wurden von der Regierung Moraczewski unternommen. Das Ergebnis ihrer Bemühungen war das Dekret des Staatschefs vom 15. Januar 1919, daß die Beziehungen zwischen Hausbesitzer und Mieter auf gesetzlichem Wege regelt. Die Aufgabe der Verwirklichung dieses Dekrets sowie des Mieterschutzes vom 18. Dezember 1920 fiel den Wohnungsamtern zu. Die genannten Gesetze sowie das Gesetz vom 27. November 1919, das den Gemeinden die Pflicht auferlegt, diejenigen Personen mit Wohnungen zu versorgen, die infolge der Ausübung ihrer öffentlichen Pflichten in der betreffenden Gemeinde wohnen müssen, haben sehr geringe Ergebnisse gezeigt. Die Privatiniziative röhrt sich nicht, und die Hilfe des Staates und der Selbstverwaltungsgemeinden wurde nicht oder nur in sehr unbedeutendem Maße erzielt. Die Besitzer von Kapitalien zeigen sich nicht geneigt, neue Häuser zu bauen oder die alten in Stand zu setzen, da ihnen ein derartiges Unternehmen keinen Gewinn abwerfen würde.

Mit dem Bau neuer Wohnhäuser könnte sich nur der Staat oder die Gemeinde befassen, und nur von dieser Seite können wir wirkliche Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Wohnungskno erwartet. Der Staat müßte den Gemeinden und Bauingenieuren zu Hilfe kommen, indem er ihnen in den Banken entsprechende Redite für Bauzwecke sicherstellt. Steuererleichterungen gewährt und sie vom Requisitionszwang befreit.

Das Wohnungsamt, das als erste Instanz gewonnen ist sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu bewegen, ist allein nicht imstande durch seine Tätigkeit dem Nebel abzuhalten, obwohl es sich dabei nicht nur auf den toten Buchstaben des Gesetzes stützt, sondern die Lebensinteressen der Stadt und ihrer Einwohner in hohem Maße berücksichtigt.

Herr Weisberg berührte zum Schlus noch die dringendsten Wohnungsbedürfnisse der Stadt; es handelt sich um die Ausbildungsmöglichkeiten geeigneter Räume für ein Rückenanderthalb im und eine härtliche Krankenstation. Die Schwierigkeiten werden immer größer; doch ist zu hoffen, daß bei einem allseitigen Verständnis für diese Angelegenheit bald normale Verhältnisse auch in dieser Beziehung eintreten werden.

Wahlen in das Handelsgericht. Der Vizepräsident der Stadt Lodz hat auf Grund der Art. 618 und 619 des Handelsgesetzbuches Wahlen der Richter des Handelsgerichts in Lodz angeordnet. Die Wahlen finden am 21. Januar d. J. um 5 Uhr nachmittags im Verhandlungssaal des Bezirksgerichts (Panien 115, 1. Stock) statt. Die Wählerliste ist im Magistrat der Stadt Lodz (Plac Wolnosci 14, 1. Stock, Zimmer 20) und im nächsten Institut einzuholen: 1. Verband der polnischen christlichen Kaufleute und Industriellen in Lodz (Petrikauer 113), 2. Landesverband der Textilindustrie in Lodz (Dzielnia 16), 3. Verband der Textilindustrie des Polnischen Reiches (Petrikauer 96), 4. Börsenkomitee und Amtsstellenamt der Kaufmannsvereinigung der Stadt Lodz (Petrikauer Straße 96).

Aufhebung der Sonderbestimmungen gegen die Juden. Der Ministerrat hat einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der gegen die Juden innehaltenden Bestimmungen gegen die Ju den innerhalb Kongresspolens, von Überbleibseln aus russischen Gesetzen, die zwischen den Jahren 1825 und 1903 erlassen worden waren. Eine dieser Bestimmungen ist noch in den letzten Jahren stellenweise praktisch wirksam gewesen, nämlich die Verbannungen im Erwerb däuerlichen Landes.

Bip. Bestätigte Baupläne. In der letzten Sitzung der Baupolizei wurden nachstehende Pläne bestätigt: 1) Bau eines einstöckigen Manufakturwarenlagers auf dem Grundstück des A. Zukiermann in der Petrikauer Straße 132; 2) Bau eines 3-stöckigen Quergebäudes, eines Aufbaus und Treppenhäuses auf dem Grundstück von Ch. Lucki und M. Grünberg in der Petrikauer Straße 22; 3) Abtragung eines hölzernen Hühnerstalls, eines Schuppens und eines einstöckigen Gebäudes auf dem Grundstück von Adolf Hermans in der Konstantynowska Straße 17.

Bip. Ein Gutes der Schwarzen Böche. In dem Steydeckenlager von Gutermann (Petrikauer Straße 28) erschien ein etwa 10jähriges Mädchen mit einem Knaben, die unbemerkt eine Plüscharte entwendeten und damit den Laden verließen. Auf der Straße bemerkten die vorstehenden Schwarzböchner das Mädchen mit der Decke, ließen ihr nach und nahmen die beiden jugendlichen Diebe fest. Sie wurden der Polizei übergeben.



## „Der Schuh“ 2. Serie „Auf wegloser Lebensbahn“ (Besonderes Ganze)

In den Hauptrollen:  
Jonusza-Stepowski, Węgrzyn, Osterwicki  
und Smołarska.

Beginn der Vorstellungen um 4.15 Uhr nachm.



Premiere! Hente Premiere!

Der unvergleichliche Liebling des Publikums

## Harry Peel

in seiner neuesten Rolle im sensationellen Drama

## Der Reiter ohne Kopf

Beginn der Vorstellungen um 3 Uhr nachmittags.

Gittlichkeit verbrachten an einem Kind.

Das Bezirksgericht verhandelte im vereinfachten Verfahren, gegen den 17-jährigen Alexander Klingbeil, der sittlicher Vergehen an der 4-jährigen Pauline L. angelastet war. Die Anklage gründet sich auf Art. 513 des Strafgesetzbuches. Die Verhandlung fand bei geschlossenen Türen statt. Klingbeil wurde zu monatigem Aufenthalt in der Besserungsanstalt in Studzieniec verurteilt.

Nachrichten. Aus der Heilig-Kreuz-Kirche wurden gestern verschiedene Alter- und Weihgegenstände in bedeutsendem Wert gestohlen.

Vorgestern versuchten fünf Unbekannte einen Überfall auf das Haus von Johann Strauch in der Obwiatelskastraße 28 zu verüben. Der Nachtmächer der städtischen Feuerwehr verschonte die Bantiden. — In der Petrikauer Straße wurden in einem Straßenwagen Wincenty Pawłak und Wincenty Wołciechowski festgenommen, die in zwölf Viehblauen Spiritus bei sich hatten. — Die in der Napierwolskiego 38 wohnhafte 24-jährige Wladyslawa Srednicka traf in selbsterblicher Abschluß. Ein Arzt der Unfallrettungsbereitschaft erzielte ihr die erste Hilfe. — In der Zachodniastraße 70 brach in der Fabrik von Herzog Grünberg Feuer aus. Die ersten beiden Züge der Feuerwehr löschten den Brand. Der Schaden ist gewaltig.

### Lotterie.

4 Polnische Staatslotterie. (Ohne Gewähr!) Am ersten Ziehungstage der 3. Klasse fielen größere Gewinne auf folgende Nummern:

150 000 M. auf Nr. 86465.  
80 000 M. auf Nr. 63 18.  
40 000 M. auf Nr. 7225.  
25 000 M. auf Nr. 5 510 82182.  
20 000 M. auf Nr. 23 390 58912.  
15 000 M. auf Nr. Nr. 43 201 2016 6472 81255.  
8 000 M. auf Nr. Nr. 23 34 132 2 3232 81650.  
7 800 22 85248 830 42 70 405 9 64799 74114.  
5 000 M. auf Nr. Nr. 64502 4288 15250 19186.  
3 333 22 33992 700 82186 81452.  
3 000 M. auf Nr. Nr. 6162 960 11 667 14409 86479.  
1 885 7 19692 21 824 24214 26 666 29 631 40 15.  
1 427 7 48503 58866 1747 6 13 60989 6647 6717 71414 73632 79039 79826 70303 82809 83515 83793.

### Spenden.

Uns sind nachstehende Spenden zur Weitergabe übermittelt worden, für die wir den Spendern im Namen der Bedachtnahme herzlich danken.

Zur das Greisenheim: 3000 M. gesammelt auf den Geburtstagsfeier von Frau A. Ischel.

Mit den bisherigen 2700 M. zusammen 6900 M.

Für die Wola d'Urszyl: 1000 M. von Frau M. F.; 1000 M. von Herrn Dr. Bräutigam.

Mit den bisherigen 5000 M. zusammen 7000 M.

Für die Gemeinde Groß-Brodc: 1000 M. von H. D. Bornst; 100 M. von J. B.; 500 M. von Fr. M. Fulde; 500 M. Frau M. F. zusammen 2100 M. Mit den bisherigen 1250 M. zusammen 3350 M.

Für das Kriegswaisenhaus: 6000 M. Fr. E. Kirchner und H. G. Brüster; 5

Eisenberger's Klavier-Abend war eines der schönsten Konzerte in dieser Saison.

Melba.

### Vereine u. Versammlungen.

Eine Versammlung der Bienenzüchter von Lódz und Umgegend findet am Sonntag, den 15. d. M. nachmittags um 3 Uhr in der Klinitschstraße 50 (Verein der Landwirte) statt. Es sollen Neuwahlen der Verwaltung vorgenommen werden. Nichtmitglieder sind zur Versammlung gleichfalls zugelassen.

An die Herren Obermeister, Weißer und Fabrikangestellten.

Heute, Sonnabend, den 14. Januar, findet in Angelegenheit der St. Matthäuskirche in meiner Privatzwöhnung abends 11 Uhr eine wichtige Besprechung statt, zu welcher ich die geehrten Herren ersuche, zahlreich erscheinen zu wollen.

Pastor J. Dietrich.

### Zuschriften.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Ansichten unserer Leser, auch wenn diese mit der Richtung unseres Blattes nicht übereinstimmen. Eine Verantwortung für den Inhalt übernehmen wir nicht.

#### Die Stadtratswahlen.

Unter Berufung auf § 22 des Preßgesetzes, bitte ich nachstehende Erwiderung in Ihrem Blatte ggf. aufzunehmen.

In einer der letzten Nummern Ihres Blattes hat Dr. W. J. (wenn ich nicht irre, der Arzt Dr. Wilhelm Fischer) in einem Eingeland meine Person berührt, indem er behauptete, daß ich zwischen den Sitzungen des Sejm verbleibe. Heute auf diese direkte Unwahrheit des Herrn Dr. W. J. einzugehen, bemerke ich nur, daß ein Abgeordneter, der drei Sitzungen hintereinander veräumt, seiner Diäten verlustig geht.

Ich habe die Angelegenheit einem Ehrengericht übergeben, dem ich den Beweis aus dem Sejm erbringen werde, daß die Behauptung Dr. W. J.'s nicht zutrifft.

Was die Tätigkeiten der Abgeordneten anbetrifft, so kann ich nur das eine erwähnen: jeder erledigt seine Arbeiten so, wie er sie sieht.

Zum Schluß möchte ich mir erlauben die Frage zu stellen, wo denn diese Herren, die heute den Mund so voll nehmen, im Jahre 1918 waren.

Unbedingt wäre es an der Zeit, endlich mal nüchtern zu denken.

Oskar Fries.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Zu den bevorstehenden Stadtratswahlen in Lódz gestalte auch ich mir, meine persönliche Ansicht und Meinung zu äußern, indem ich Sie mit gefälliger Veröffentlichung nachstehender Zeilen bitte:

Die deutsche Bevölkerung von Lódz und ganz Polen beginnt wiederum das alte Spiel der Selbstverleistung, Unterwerfung und Selbstvernichtung, indem sie sich bei den kommenden Wahlen wiederum in drei feindliche Lager, die sich, wie die Brüder in Schillers „Braut von Messina“, gegenseitig beherrschen, jedoch ein und dasselbe Ziel verfolgen, will.

„Diejenigen, die etwas besiegen müssen zusammenhalten“, sagt das rechte Lager der Bourgeoisie — und wählt daher Muttersprache, Tradition und Nationalstolz vorgeheu — auf die bereits neuangestellte Wahlliste des jüdisch-polnisch-deutschen Blocks der Besitzenden. „Wenn der deutsche Arbeiter sich wirtschaftlich niederdrücken läßt, so geht mit ihm auch das deutsch-polnische Volkstum zugrunde“ sagt nicht mit Unrecht das linke Lager der deutschen Arbeiter und glaubt daher gut zu tun, wenn es eine ganz entgegengesetzte Wahlliste mit nur polnischen Arbeitern als Kandidaten aufstellt und geschlossen für diese zu stimmen Propagande macht, dabei leider vergessen, daß auch der größte Teil der Intelligenz zu den arbeitenden Klassen gehört.

Was gerecht, meine lieben Stammesgenossen! Auf diese Weise werden wir alle recht wenig erreichen und, falls nicht in letzter Stunde eine Einigkeit eintrete, zusammen noch weit schlechter abschneiden, als es bei den letzten Wahlen in Lódz leider der Fall war. Ist hier nicht der goldene Mittelweg, der einzige richtige? Brauchen wir deutschen Bürger des neuerrichtenden Polens uns wirklich gegenwärtig zu befürchten, wo wir doch alle nur einem Ziele, uns unser Heiligste, die deutsche Muttersprache in Schule, Kirche und Haus ungefähr auf der alten Höhe zu erhalten, nachstreben! Wird nicht, wenn wir weiterhin so versäumen, uns jeder Mitbürger polnischer, jüdischer oder anderer Zunge verachtend über die Söhne aufrufen und ironisch zu seinem Nachbar sagen: Siehe — das ist auch einer von denjenigen, die auf sich und ihre Muttersprache nichts halten, die alles wollen und daher nichts bejagen, die den Mantel nach dem Winde drehen, kein Christ, keine Tugend und keinen Nationalstolz in sich haben?

Mein Vorschlag des goldenen Mittelweges wäre der, eine Liste aufzustellen, welche zur Hälfte deutsche Arbeiter und zur anderen Hälfte deutsche Intelligenz aufzuweisen würde. Und zwar in der Weise, daß an erster Stelle ein intellektueller Arbeiter (Kaufmann, Beamter, Lehrer usw.) an zweiter Stelle ein physischer Arbeiter (Professionist oder Fabrikarbeiter), an dritter Stelle wiederum einer aus der Intelligenz, an vierter ein Arbeiter usw., abwechselnd von Stufe zu Stufe stehen würden. Nur auf solche Weise

# Heute

## „Deutscher Volga-Abend“

### Eintrittskarten alle ausverkauft!

würden die deutschen Bürger Polens eine recht stattliche Anzahl deutscher Stadtväter in den Städteat hineinbekommen und damit zugleich gewissermaßen Bezug ist ablegen, wie die nicht mehr in weiter Ferne liegenden Sejmswahlen für uns ausfallen können.

Was nun die zu wählenden Personen betrifft, so müssen nur Männer aufgestellt werden, die genau wissen, was sie für ihre Stammesgenossen wollen, ohne Furcht und Scheu manbar aufzutreten, keine Rücksichtnahme auf eventuelle Vorteile oder Nachteile ihrer Position oder gesellschaftlichen Stellung und dergl. kennen und keinesfalls etwa — wie leider so viele — Mandatsträger sind. — Weisheitlichkeit ist eine Tugend, sagt ein altes deutsches Sprichwort. Lassalle, der große Menschenfreund und freie Denker, aber sagte: Nur die Lumpen sind beschissen, und der Blöde schämt sich seiner Tat! — Und meines Erachtens hatte Lassalle in diesem Falle unbedingt Recht. — Treten wir einig auf für unsere deutsche Muttersprache, unsere deutschen Sitten und Gebräuche und zeigen wir durch Zusammenhalten sowie durch gemeinsame Mitarbeit unseren Mitbürgern politischer, jüdischer und anderer Nationalität, daß wir volle und ganze Ablömmung eines ehrenvollen westlichen Kulturvolkes sind und für unsere östlichen Rechte und Interessen im freien Nationalitäten-Staate Polen wie ein ganzer Mann einzutreten verstehen. Bekennen auch wir deutschen Bürger Polens uns zu dem großen Ideal, das uns der große Goethe als heiliges Vermächtnis hinterlassen hat. „Ein solch Gewimmel möcht ich jehen, als einig freies Volk auf freiem Grund zu ziehen“.

Es wäre am Platze, wenn in dieser Wahlfrage, wie die „Lodzer Freie Presse“ in einem ihrer Artikel bereits vorgeschlagen hat, baldige Vorverhandlungen zur geplanten öffentlichen Besprechung und Verständigung einberufen werden.

Otto Gräß.

Ummerkung der Schriftleitung: Der Herr Einzender hätte sich seine Ausführungen zum Teil ersparen können, wenn er das tragische Ereignis richtig gelesen hätte. Dort ist nämlich ausdrücklich von Kopf- und Handarbeitern die Rede. Was seinen zum Schluss ausgedrückten Wunsch nach Vorwahlbesprechungen anlangt, so ist auch diesem Wunsch schon dadurch Rechnung getragen worden, daß — wie aus der Donnerstagausgabe der „Lodzer Freie Presse“ hervorgeht — Abg. Spickermann eine solche Vorwahlversammlung für den kommenden Dienstag einberuft.

### Aus dem Reiche.

**Biertz.** Sportliches. Am 6. Januar hielt der Turnverein im eigenen Lokal die diesjährige ordentliche Generalsammlung ab.

Es erschienen 72 Mitglieder. Um 5 Uhr nachmittags eröffnete der Vorstand, Herr Rudolf Scherch, die Versammlung. Die vom Turnwart vorgelesene Tarnordnung wurde angenommen.

Da von 16 Mitgliedern der Radfahersektion der Antrag gestellt wurde, diese Sektion von der Generalversammlung zu bestätigen, wurde dem Antage stattgegeben und beschlossen, für die Sektion eine besondere Bestimmung herauszugeben.

Auf Antrag des Herrn Emil Werner wurde Herr Reinhold Majch, der in allen Turn- und Sportkreisen bekannt und bekannt ist und dem Biertzer Turnverein seit über 20 Jahren ein eifriger Turnier und Turnwart ist, die Würde eines Ehrenturnwarts des Biertzer Turnvereins verliehen und ihm für seine Verdienste um das Turnwesen in warmen Worten gedankt. Auch die Herren Albert Vogel und Emil Döberstein wurden für ihren Eifer ausgezeichnet, die alte Verwaltung legte ihr Amt nieder, worauf zur Neuwahl gewählt wurde. In die Verwaltung wurden folgende Herren gewählt: Vorstand Richard Eßert, erster Vorstand Emil Werner, zweiter Vorstand Richard Fänzel, erster Turnwart Albert Vogel, zweiter Turnwart Emil Döberstein, Schriftwart Edgardo Szwonowicz, zweiter Schriftwart Reinhold Majch, erster Gerätewart Eduard Groch, zweiter Alfred Torno, erster Kassenwart Emil Schulz, zweiter Karl Vogel, Vereinswart Theophil Lopzin, zweiter Karl Kluge; in die Revisionskommission wurden berufen die Herren: Emil Torno und Hermann Giese als Beisitzer; die Herren Hermann Bippel, Edmund Schmid, Rudolf Riegel und Rudolf Scherch.

unbegündete Abwesenheit eines Abgeordneten im Sejm auf zwei (statt wie früher auf 3) Sitzungen den teilweisen Verlust des Steuerungszuschlags nach sich zieht. Diese Vorschrift tritt am 20. Januar in Kraft.

### Kurze telegraphische Meldungen.

In Kiew wütet die Cholera. In den letzten Tagen wurden 153 Erkrankungen und 30 Todesfälle notiert.

Bourgeois wurde zum Senatspräsidenten gewählt.

### Letzte Nachrichten.

Ein neutraler Diplomat über Briands Rücktritt.

Warschau, 13. Januar. (Polpr.) Ein neutraler Diplomat äußerte zum Vertreter der „Polpreß“: Der unerwartete Rücktritt Briands ist der rascheste Beweis, daß in den Hauptfragen der europäischen Politik zwischen England und Frankreich keine Verständigung erzielt werden kann. Die besondere Politik dieser Regierungen kann in kürzester Zeit zur Entstehung zweier mächtiger politischen Gruppen führen, einer englisch-deutsch-russischen und einer französisch-britischen.

Die deutsche Delegation von Lloyd George nach London eingeladen.

Paris, 13. Januar. (Polpr.) Lloyd George hatte gestern eine private Besprechung mit Rathenau.

Paris, 13. Januar. (Polpr.) Die „Chicago Tribune“ berichtet, daß sich die deutsche Delegation, auf Einladung Lloyd Georges, nach London begibt.

London, 13. Januar. (Polpr.) Lloyd George soll am Sonnabend aus Cannes zurückkehren.

Autonomie der deutschen Reichsbank.

Cannes, 13. Januar. (Pat.) Rathenau erklärte in der Sitzung des Obersten Rates, daß Deutschland die Absicht habe, eine Garantie zu bieten und bereit sei die Angelegenheit einer Autonomie der Reichsbank sowie der Mitarbeit an dem Wiederaufbau Europas zu besprechen.

Der Eintritt von Briands Rücktritt in London.

London, 13. Januar. (Polpr.) Die Nachricht vom Rücktritt des französischen Kabinetts hat in London einen gewaltigen Eindruck hervorgerufen. Der Umstand, daß die Konferenz auf französischem Gebiet tagte, macht die Lage noch verwirchter.

Unterredung der Tagung des Obersten Rates.

Cannes, 13. Januar. (Pat.) Der Oberste Rat wird sich am Freitag zu einer Sitzung versammeln, in der wahrscheinlich die Unterredung der Tagung beschlossen werden wird.

Nahaufstellung der verschleierten Wirtschaftsverhandlungen.

Kallowitz, 13. Januar. (Pat.) Die verschleierten Wirtschaftsverhandlungen nähern sich ihrem Ende. Am 20. d. M. dürfen alle Arbeiten der Unterkommissionen beendet sein.

### Kirchliche Nachrichten.

#### Trinitatis-Kirche.

Sonnabend, 7 Uhr abends Vorbereitung zum hl. Abendmahl. Pastor Hadrian. — Sonntag, vormittags 10 Uhr Beichte, 10½ Uhr Hauptgottesdienst nebst hl. Abendmahl. Pastor Hadrian. — Nachmittags 4½ Uhr Kindergottesdienst. — Abends 8 Uhr Gottesdienst. Pastor Gerhardt. — Mittwoch, 7 Uhr abends Bibelstunde. Pastor Hadrian. —

#### In der Kreuzhaus-Kapelle,

Zielinstraße 52. Sonntag, vormittags 10 Uhr Gottesdienst. Pastor Gundlach.

Jungfrauenheim, Konstantiner 40. Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Versammlung der Jungfrauen.

Gütingssheim, Jawadzka-Straße 5. Sonntag, 7 Uhr abends Versammlung der Junglinge.

Kantorei, (Sobaldz), Meganderstraße 25. Sonnabend, 7 Uhr abends: Bibelstunde. Walter Ulrich.

Kantorei, (Waluty), Jawadzkastraße 35. Sonnabend, 7 Uhr abends: Bibelstunde. Pastor Gundlach.

Die Amtswoche hat Pastor Hadr an.

#### St. Johannis-Kirche.

Sonnabend, 7 Uhr abends Vorbereitung zum hl. Abendmahl. Pastor Dierich. — Sonntag, vormittags 9½ Uhr Beichte, 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Feier des hl. Abendmahl. Pastor Dierich. — Mittags 12 Uhr Gottesdienst in polnischer Sprache. Superintendent Angerstein. — Nachmittags 4 Uhr Kindergottesdienst. Pastor Dierich. — Mittwoch, abends 8 Uhr Bibelstunde. Superintendent Angerstein.

#### Stadtmissionssaal

Sonnabend, 7 Uhr abends Jungfrauenverein. Pastor Dierich. — Sonnabend, 8 Uhr abends Vortrag und Gebetsgemeinde. Superintendent Angerstein. — Junglingsverein.

Sonnabend, 8 Uhr abends Vortrag. Superintendent Angerstein. — Dienstag, 8 Uhr abends Bibelstunde. Superintendent Angerstein.

#### St. Matthäuskirche

Sonnabend, vormittags 10 Uhr Gottesdienst. Superprediger Otto.

**Bethaus im Fabdogoszec.**

Sonntag, vormittags 10 Uhr Gottesdienst.  
Stadtmisionar Perle.

**Baptisten-Kirche, Nowa Str. 27.**

Sonntag, vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst.  
Prediger R. Jordan. — Nachmittags 4 Uhr Predigtgottesdienst.  
Prediger S. Wiel. — Vormittag 10 Uhr und nachm. 4 Uhr im Missionsaal Gottesdienst in polnischer Sprache. — Im Anschluß: Verein junger Männer und Jungfrauenverein. — Montag, abends 1/2 Uhr Gebetsversammlung. — Donnerstag, nachm. 4 Uhr Frauenverein. — Abends 1/2 Uhr Bibelstunde.

**Baptisten-Kirche, Rzgomska 41.**

Sonntags, vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst. Prediger B. Göde. — Nachmittags 4 Uhr Predigtgottesdienst. Prediger B. Göde. — Im Anschluß: Jugendverein. — Dienstag, abends 7 Uhr Gebetsversammlung. — Donnerstag, abends 7 Uhr Gottesdienst in polnischer Sprache. — Freitag, abends 7 Uhr Bibelstunde.

**Bethaus der Baptisten, Solnto.**

Alexanderstrasse 80.

Sonntag, vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachmittags 4 Uhr Predigtgottesdienst. — Im Anschluß: Jugendverein. — Mittwoch, abends 7 Uhr Bibelstunde.

**Polnische Kirche.**

Warszawa, 13. Januar.

4<sup>th</sup> pres. Pfdr. d. Bodenkreditigen  
f. 100 Ebl. 287-288

100 Ebl.

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288

287-288